

Kleine Anfrage

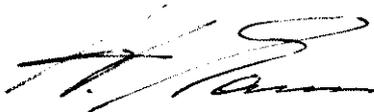
der/des MdL Holger Mann
Fraktion der SPD

Thema **Vor Flugzeugabstürzen geschützte Objekte und gefährliche Reaktion auf Kettenanfragen**

In der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Diskussion um eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung, scheinen einzelne politische Kräfte der Meinung zu sein, dass Atomkraftwerke einer gleichen Gefährdung unterliegen, wie zum Beispiel Schulen, Bahnhöfe oder gar Kindertagesstätten. Daraus ergeben sich für die Risikovorsorge des Freistaates Sachsen folgende

Fragen an die Staatsregierung:

1. Ist das Objekt Radeberger Straße 51, in 01099 Dresden, sowie das Objekt Grünthaler Straße 63 in 09526 Olbernhau gegen Flugzeugabstürze und andere Tiefflieger geschützt? Wenn ja wie?
2. Wenn nicht, welche Folgeschäden und Langzeitfolgen wären bei einem Absturz aus Sicht der Staatsregierung zu vermuten?
3. Liegen der Staatsregierung Informationen vor, die auf eine bereits bestehende erhöhte Strahlenbelastung - insbesondere im Objekt Grünthaler Straße 63 in 09526 Olbernhau - schließen lassen?
4. Hält die Staatsregierung eine Verbringung der in den beiden Objekten ansässigen Parteibüros in das im Rückbau befindliche AKW Greifswald für eine geeignete Schutzmaßnahme?
5. Wie schätzt die Staatsregierung die Halbwertszeit der FDP vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ein?



Holger Mann, MdL

Dresden, den 07. Juli 2011

Eingegangen am: 8. JULI 2011

Ausgegeben am: 02. AUG. 2011

Der Staatsminister

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Postfach 10 03 29 | 01073 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon: 0351 564-8001
Telefax: 0351 564-8024

Ihr Zeichen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Holger Mann, SPD-Fraktion
Drs.-Nr.: 5/6361
Thema: Vor Flugzeugabstürzen geschützte Objekte und gefährliche
Reaktion auf Kettenanfragen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
15-0141.50

Dresden, **26. JULI 2011**

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„In der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Diskussion um eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung, scheinen einzelne politische Kräfte der Meinung zu sein, dass Atomkraftwerke einer gleichen Gefährdung unterliegen, wie zum Beispiel Schulen, Bahnhöfe oder gar Kindertagesstätten.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Ist das Objekt Radeberger Straße 51, in 01099 Dresden, sowie das Objekt Grünthaler Straße 63 in 09526 Olbernhau gegen Flugzeugabstürze und andere Tiefflieger geschützt? Wenn ja wie?

Frage 2: Wenn nicht, welche Folgeschäden und Langzeitfolgen wären bei einem Absturz aus Sicht der Staatsregierung zu vermuten?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 und 2:

Der Staatsregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor, da es sich bei den genannten Objekten um keine öffentlichen Gebäude handelt.

Frage 3: Liegen der Staatsregierung Informationen vor, die auf eine bereits bestehende erhöhte Strahlenbelastung - insbesondere im Objekt Grünthaler Straße 63 in 09526 Olbernhau - schließen lassen?



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Außenstellen:

Hoyerswerdaer Straße 1
01097 Dresden

Leipziger Straße 15
01097 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien
3, 7, 8
Haltestelle Carolaplatz

Kein Zugang für elektronisch signierte
sowie für verschlüsselte elektronische
Dokumente.

Frage 4: Hält die Staatsregierung eine Verbringung der in den beiden Objekten ansässigen Parteibüros in das im Rückbau befindliche AKW Greifswald für eine geeignete Schutzmaßnahme?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 3 und 4:

Nein.

Frage 5: Wie schätzt die Staatsregierung die Halbwertszeit der FDP vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ein?

Entsprechend einer von der Staatsregierung in Auftrag gegebenen Umfrage des Instituts Aproxima würden 6 Prozent der Wahlberechtigten im Freistaat Sachsen derzeit bei einer Landtagswahl FDP wählen. Das ist ein Prozentpunkt mehr als vor einem Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Morlok